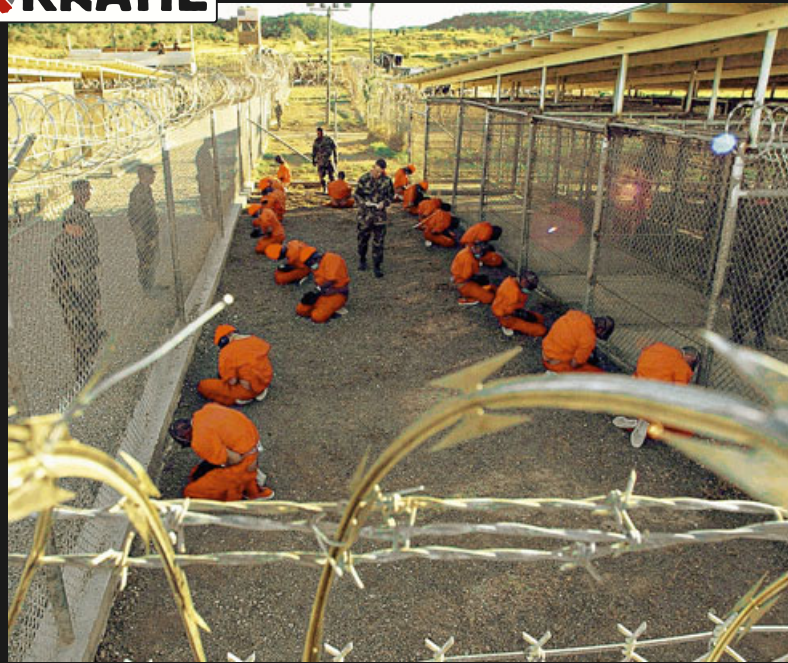




Uiguren vor einem Mao-Porträt im westchinesischen Kasghar (2001)



Häftlinge im US-Gefangenenlager Guantanamo (2002)

Orte weltweiter Menschenrechtsverletzungen: „Wir haben keine Kanone, wir haben nicht mal 'nen Knüppel“

## Der Sturkopf

Teil III: Günter Nooke ist Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Er versucht, westliche Werte hinaus in die Welt zu tragen. Dabei wollen sich immer weniger Staaten von Ländern wie Deutschland etwas erzählen lassen. Die Idee der Freiheit hat an Strahlkraft verloren. *Von Markus Feldenkirchen*

Die Leute aus dem Auswärtigen Amt finden es sicher nicht gut, dass dieser Nooke jetzt hier sitzt, zwischen all den Uiguren. Es wird bestimmt wieder Ärger mit Peking geben.

Aber Günter Nooke ist kein Diplomat, er ist Sturkopf, es war klar, dass er kommen würde. Jetzt sitzt er hier in einem Hotel am Rande Berlins, in Raum „Elbe 1“, Konferenzsaal mit Teppich, und die Uiguren laufen um ihn rum und fotografieren ihn mit ihren Digitalkameras. Sie freuen sich, dass er da ist.

Die Uiguren sind ein geknechtetes Volk im Nordwesten der Volksrepublik China, und Günter Nooke (CDU) ist der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung. Er will hier, auf dem Welt-Uiguren-Kongress, ein Grußwort halten, er ist gekommen, um ein Zeichen zu setzen. So wie Angela Merkel ein Zeichen setzen wollte, als sie im September vergangenen Jahres den Dalai Lama im Kanzleramt empfing. Auch das fanden die Diplomaten nicht gut, der Außenminister sprach von „Schaufensterpolitik“. Seitdem steht die Frage im Raum, ob Symbolpolitik im Kampf für Menschenrechte hilft.

Die Uiguren knipsen noch, der Beginn verzögert sich. Nooke öffnet die schwarze Mappe vor sich auf dem Tisch. Die Diplomaten haben sie für ihn bestückt, alles Wichtige zur Uiguren-Frage, Lageberichte, die offizielle Linie der Bundesregierung.

Die Welt redet über Tibet, über die Mönche in ihren netten orangefarbenen Umhängen, über den freundlichen Herrn mit den Badelatschen.

Niemand redet über die Uiguren. Sie sind auch eine Minderheit in der Volksrepublik, auch sie dürfen ihre Meinung nicht äußern, sie werden unterdrückt, verdrängt, gefoltert. Aber sie haben das Pech, keine Buddhisten, sondern Muslime zu sein. Das macht es der westlichen Welt offenbar schwerer, sie zu mögen. „Ist doch 'ne Scheißgeschichte“, murmelt Nooke.

In seiner Mappe gibt es einen Teil, den das Amt als „vertraulich“ eingestuft hat. Dort ist das Schicksal von 16 Uiguren beschrieben, die seit sechs Jahren im Gefängnis von Guantanamo sitzen, obwohl sie keine Terroristen sind.

Die Amerikaner wissen inzwischen, dass die Männer unschuldig sind. Sie wären bereit, die Uiguren zu entlassen, aber sie

wissen nicht, wohin. Zurück in die Volksrepublik können sie nicht, weil die chinesische Regierung sie als Terroristen einstuft. Deshalb, so steht es in den Papieren, habe es mündliche Anfragen der USA an die Bundesregierung gegeben, ob man die 16 aufnehmen könne.

Die Anfragen habe man immer ausgeschlagen mit der Begründung, man wolle die Beziehungen zu China nicht belasten. Und dabei solle es auch bleiben. Nooke klappt die Mappe zu.

Das ist der Grundkonflikt in der Debatte über China und die Menschenrechte. Die Frage ist, ob man über das Vergehen an einzelnen Menschen im Interesse guter Beziehungen hinwegsehen darf? Und wenn ja, wie viel Wert hätten die Menschenrechte noch, wenn sich nicht mal Demokratien wie Deutschland trauen, sich für sie einzusetzen?

Oder macht der moralische Auftritt gar keinen Sinn, weil die Welt ohnehin zynisch ist und eher pragmatisch funktioniert? Ist es daher klüger, auf gute Beziehungen zu Ländern wie China oder Russland zu setzen? Warum sollte man sich wegen der Menschenrechtsfrage mit Staaten über-



Russischer Oppositioneller Garri Kasparow bei Protest in Moskau (2007)



Flüchtlingsfamilie in der sudanesischen Provinz Darfur (2007)

GREG BAKER / AP (L.); REUTERS (M. L.); VLADIMIR SUVOROV / AP (M. R.); OZDEL CEM / ABACA (R.)

werfen, die man sonst prima gebrauchen kann? Als Absatzmarkt. Als Handelspartner. Als Verbündeter.

Nooke geht ans Pult. Die Frage, welcher Ansatz besser ist, stellt sich jetzt sehr konkret. Eine konsequente, moralische Menschenrechtspolitik? Dann müsste er etwas zu den Häftlingen in Guantanamo sagen. Oder doch eine pragmatische, flexible Menschenrechtspolitik, wie es die Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt gern hätten? Dann müsste er schweigen.

Er sei gekommen, sagt Nooke, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren zu lenken. Dann stellt er ein paar Forderungen an China und redet über die Olympischen Spiele, die unbedingt politisiert werden müssten. Über dem Pult hängt eine hellblaue Fahne mit weißem Stern und weißem Halbmond, die Flagge der Uiguren.

Nooke ist jetzt fast am Ende seines Grußworts. „Ein Problem will ich nicht unerwähnt lassen“, sagt er, macht eine Pause und schaut in den Saal: „das der inhaftierten Uiguren in Guantanamo.“

Er beklagt den „Mangel an Zivilcourage“, dass es bislang nicht gelungen sei, diese Menschen aufzunehmen. „Deutschland sollte hier seine Bemühungen verstärken, sich über die chinesischen Proteste hinwegsetzen und seinen menschenrechtlichen Überzeugungen folgen.“

Die Uiguren springen auf, sie klatschen, bald steht der ganze Saal. Für den Moment wirken sie glücklich.

Günter Nooke, 49, ist der Beauftragte der Bundesregierung für das Gute. Wenn er nicht bei den Uiguren in Hohenschönhausen spricht, reist er durch die Welt und versucht, die inneren Werte der Bundesrepublik an den Mann zu bringen: Demokratie und ihre große Schwester, die Menschenrechte. Sie gehören zum Selbstverständnis der Bundesrepublik, der Einsatz für diese Werte hat sie zur moralischen Großmacht werden lassen.

Der deutsche Staat leistet sich einen Beauftragten, der in anderen Ländern für das wirbt, was sein Grundgesetz in Artikel 1 festhält: dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Nicht nur die Würde der Deutschen. Man könnte sagen, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist, eine Frage

der Selbstachtung für jede Demokratie. Aber wer Günter Nooke bei seinen Reisen begleitet, stellt sich schnell die Frage, ob Menschenrechtspolitik wirklich Sinn macht, ob sie Erfolg hat.

Denn das, was Nooke im Angebot hat, scheint immer weniger Interessenten zu finden. „Die letzten zehn Jahre sind schlecht gelaufen“, sagt er. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sei der Siegeszug individueller Freiheits- und Menschenrechte gestoppt. Nookes Produkt hat ein Akzeptanzproblem.

Im Jahr 2007 haben nur 10 Staaten der Welt die Freiheitsrechte ausgebaut, 38 schränkten sie ein. Der Bertelsmann Transformation Index 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass zwar die Zahl der Demokratien gewachsen sei, von diesen sich aber immer mehr zu „heimlichen Autokratien“ entwickelt hätten.

Nooke sitzt im Flugzeug nach Manila, wieder liegt eine schwarze Mappe vor ihm. Er befindet sich auf einer Südostasienreise, war schon in Thailand, Indonesien, Singapur. Er macht es sich in seinem Business-Class-Sessel bequem, nippt am Weißwein und studiert die Berichte des Auswärtigen Amts. Er taucht ein in die Welt der Philippinen.

Mit blauem Kuli unterstreicht er die Schlüsselwörter. Sie heißen „Wahlfälschung“, „Verschleppung“ oder „außergerichtliche Tötungen“, was in Wahrheit politische Morde bedeutet. Über 800 soll es davon unter der jetzigen Präsidentin gegeben haben. Keiner davon wurde aufgeklärt. „Heftig“, murmelt



MAURICE WEISS / OSTREITZ

CDU-Politiker Nooke: „Schlimmer, als ich gedacht habe“



Simbabwe Machthaber Robert Mugabe in Harare (2008)



Beisetzung des ermordeten Premiers Zoran Djindjic in Belgrad (2003)

AP (L.); SRDIAN ILIC / AP (R.)

Nooke. Er malt ein Ausrufezeichen an den Rand.

Auf dem Papier wirken die Philippinen wie einer der größten Gauner auf dem Globus. Sie haben eine Demokratiekulisse errichtet, die funkelt, doch hinter dieser Kulisse ist die Wirklichkeit schmutzig.

Dem Justizminister der Philippinen ist in den Unterlagen ein eigenes Kapitel gewidmet. Sein Vorgänger hatte eine Sonderuntersuchung angeordnet, die den Mord an einem kritischen Journalisten aufklären sollte. „Das hätte er besser gelassen“, soll der Nachfolger über die Anordnung gesagt haben. Auf dem Papier macht der Justizminister keine gute Figur. Nooke wird ihn am folgenden Tag treffen.

Er klappt die Mappe zu. „Schlimmer, als ich gedacht habe.“ Es gibt viel zu tun: Er will die Einzelfälle ansprechen, für den Menschenrechtsschutz werben, gerade bei diesem Justizminister. „Die sollen merken, dass uns das wichtig ist“, sagt Nooke. „Vielleicht wollen die ja eines Tages was von uns.“ Das Flugzeug landet in der philippinischen Nacht.

Die erste Ernüchterung folgt beim Mittagessen am nächsten Tag. Der deutsche Botschafter hat in seine Residenz gebeten. Um den Tisch sitzt die deutsche Gemeinde Manilas, Vertreter der politischen Stiftungen, der Hilfsorganisationen, ein Herr vom Goethe-Institut.

„Das Regime kann töten, wie es will“, sagt eine Nonne. Herr Schäfer von der Hanns-Seidel-Stiftung erzählt vom Schicksal seiner Schwägerin, die morgens um sieben von der Polizei abgeholt wurde, weil sie gegen die Enteignung ihres Grundstücks geklagt hatte. Sie kam nie mehr zurück.

„Wenn Sie hören, was der Justizminister so sagt, dann schlackern Ihnen die Ohren“, sagt der Mann von der Friedrich-Nauemann-Stiftung.

„Den seh ich ja gleich“, sagt Nooke.

Er will jetzt wissen, was man als Bundesrepublik tun könne, um die Menschenrechte auf den Philippinen zu stärken? Ob das überhaupt Sinn mache?

„Unser Einfluss, unser Störpotential, ist sehr begrenzt“, antwortet der Botschafter. „Wir haben keine Kanone. Wir haben nicht mal 'nen Knüppel.“

Ob nicht wirtschaftlicher Druck ein Mittel sei, will Nooke wissen. Deutschland sei immerhin Exportweltmeister.

Ein paar Herren müssen jetzt lachen.

Dann erklären sie ihm, dass auf einen potentiellen Investor aus Deutschland inzwischen mindestens fünf Investoren aus China kommen. Während die Deutschen immer mit ihrem Hinweis auf Menschenrechte in der Tür stünden, kämen die Chinesen mit fetten Aufträgen.

Es sieht so aus, als geriete der Westen in vielen Ländern der Welt allmählich in die Defensive. Wo Länder wie Deutschland mit ihren Werten und moralischen Vorstellungen auftreten, überzeugen Entwicklungsdiktaturen wie China mit finanziellen Argumenten.

Auf der Fahrt zum Justizminister fragt Nooke einen Mitarbeiter der Botschaft, was es auf den Philippinen koste, jemanden umzubringen.

„Mit 1000 Euro sind Sie dabei.“

„Das ist aber teuer“, sagt Nooke. „In Guatemala kriegt man das schon für 50 Euro.“ Als Menschenrechtsbeauftragter entwickelt man einen sehr eigenen Blick auf die Unterschiede der Welt.

Raul M. Gonzales erhebt sich zur Begrüßung von seinem Schreibtisch, zurück bleibt ein angeknabbertes Butterbrot und ein extrem großes Namensschild. Er bittet in seine Sitzecke.

Justizminister Gonzales trägt eine dunkelgraue Hose, ein mittelgraues Hemd, ein

hellgraues Sakko und die grauen Haare streng gescheitelt. Am rechten Handgelenk baumelt ein Goldkettchen. Seine linke Hand umklammert ein Handy.

Nooke lächelt. Er will freundlich sein und trotzdem nicht vergessen, warum er hier ist. Er will alle Menschenrechtsverletzungen beim Namen nennen. Sie tauschen Höflichkeiten aus. Danke, dass Sie Zeit haben, danke, dass Sie gekommen sind. Nach acht Minuten sammelt Nooke seinen Mut: „You, ähem“, er räuspert sich, „you have many killings here.“

Die Morde.

Das Justizministerhandy klingelt. „Give me five minutes“, sagt Gonzales und nimmt das Gespräch an. Die nächsten fünf Minuten sieht die deutsche Delegation dem philippinischen Justizminister beim Telefonieren zu. Als er aufgelegt hat, sagt Gonzales: „Gemordet wird leider überall. Auch auf den Philippinen. Aber keine Sorge, wir gehen dem nach.“

„Es soll über 800 Morde gegeben haben, die nicht aufgeklärt sind“, sagt Nooke.

„Die Zahlen stimmen nicht. Sie lesen einseitige Berichte.“

So geht das eine Weile hin und her, immer wieder unterbrochen von Anrufen und SMS-Signaltönen auf dem Handy des Ministers, und dann bittet Raul M. Gonzales erneut, ihn einen Moment zu entschuldigen. Er verlässt das Büro und geht zum Toilettentrakt, von dem zwei Türen abgehen. Auf der linken Tür steht: „Frauen“, auf der rechten: „Minister Gonzales“.

Als er zurückkommt, fragt er, wie er sonst noch helfen könne.

Nooke fragt, ob man dem Minister eine Liste mit Einzelschicksalen schicken dürfe, die der Bundesrepublik besonders wichtig seien.

Sicher, sagt Gonzales. Schicken Sie mal, wir kümmern uns dann.

Als Nooke das Büro verlässt, schüttelt sein Referent den Kopf. Nooke legt ihm die Hand auf die Schulter. „Nicht resignieren. Ich hab doch gesagt, dass Menschenrechtspolitiker 'ne schwierige Sache ist.“

Dabei nähren Gespräche wie dieses auch bei ihm Zweifel, ob sein Handlungsreisen überhaupt Sinn macht. Ob es im Zeitalter der Globalisierung, zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Kriegs, noch möglich ist, deutsche Werte in die Welt zu exportieren? In solchen Momenten hat er Angst, dass der Versuch für gescheitert erklärt werden muss.

Immerhin, sagt er, existiere hier ein Staat, mit dem man reden könne.

Es gibt viele Widersprüche, die Menschenrechtspolitiker aushalten müssen. Nooke würde sich nie den plötzlichen Sturz des chinesischen Regimes wünschen, auch wenn er dessen Folter und Diskriminierung verabscheut. Denn Menschenrechtspolitik braucht stabile Staaten als Ansprechpartner. Wo Anarchie und Chaos regieren wie in Somalia, kann Nooke gleich daheimbleiben. Und ein China, das im Chaos versinkt, würde die Lage der meisten Chinesen nicht verbessern.

Es gibt ein weiteres Dilemma für jeden Politiker, dem es um die Menschen geht und nicht ums Prinzip. Er muss Prioritäten setzen, muss wohl oder übel doch pragmatisch sein. Er muss sich zum Beispiel fragen, was ein Mensch von seinem freien Wahlrecht hat, wenn er auf dem Weg zur Wahlurne vor Hunger verreckt.

Er muss daher notgedrungen eine Abstufung der Rechte machen, nach der zwar alle wichtig, aber nicht gleich dringlich sind. In der Realität, das erfährt Nooke auf seinen Reisen immer wieder, gibt es mindestens drei Menschenrechte. Sie unterscheiden sich in ihrer existentiellen Bedeutung:

Das *Recht auf Leben* verpflichtet, Menschen vor Mord zu schützen. Das *Recht auf ein würdiges Leben* müsste zusätzlich den Schutz vor Folter und anderen Qualen garantieren. Das *Recht auf ein gutes Leben* würde schließlich sogar eine gute Gesundheitsversorgung oder Urlaub garantieren.

Falls Nooke in den Sudan oder nach Nordkorea fährt, wo die Menschen verhungern, würde er sich lächerlich machen, wenn er ein Recht auf Urlaub und Meinungsfreiheit fordern würde. In China oder in Singapur wäre das schon realistischer.

Die Universalität der Menschenrechte darf er nicht aufgeben. Ziel muss das *Recht auf gutes Leben* bleiben. Die Gleichgewichtigkeit aller Menschenrechte muss Nooke jedoch hinterfragen, wenn er das größte Leid bekämpfen will.

Kurz nach seiner Südostasienreise steht Nooke auf dem Turm der „Gedenkstätte Berliner Mauer“. Er hat sich stark für sie eingesetzt. Nooke ist in der DDR aufgewachsen, er weiß, wie es sich anfühlt, wenn der Staat die Würde verletzt. Er war selbst Opfer einer Diktatur.

# Jeden Tag die cleverste Route.

## TomTom IQ Routes™



Die schnellste Route zu Ihrem Ziel kann am Sonntagabend eine andere sein als Montag morgens. Jetzt gibt es eine einzigartige Technologie, die für Sie jeden Tag die schnellste Route errechnet: TomTom IQ Routes™. Sie berücksichtigt alles, was Ihre Fahrt verzögern könnte z.B. Berufsverkehr, Zebrastreifen und Ampeln. Dadurch erhalten Sie noch exaktere Routenempfehlungen und Ankunftszeiten. Selbst in Gegenden, in denen Sie sich gut auskennen, können Stress vermeiden und gleichzeitig Zeit und Treibstoff sparen.

TomTom IQ Routes™.  
Jetzt im neuen TomTom GO.  
Für weitere Informationen  
[www.tomtom.com](http://www.tomtom.com)



**TOMTOM**   
Find your way the easy way

Am Fuße des Turms steht ein Stück Mauerstreifen: graue Wände, penibel geharkter Sand, aus dem sich glatte Laterne erheben, Stacheldrahtrollen. Es ist das Gesicht der DDR, ihre Außenhaut.

Es regnet, das passt.

Das da unten, sagt Nooke, er zeigt auf den Streifen, sei nur eine Facette der Diktatur. „Die eigentliche Menschenrechtsverletzung ist unsichtbar. Es ist das, was im Kopf passiert.“ Die Einschüchterung. Der vorauseilende Gehorsam. Die Willkür. Die Ohnmacht. „Wer ein totalitäres System nicht selbst erlebt hat, weiß nicht, wie es funktioniert“, sagt Nooke.

Als Schüler durfte er nicht an der Mathe-Olympiade teilnehmen, weil sein Vater ihn nicht zur FDJ schicken wollte. Danach, bei der Volksarmee, schmissen die Vorgesetzten Leuchtstoffröhren auf den Boden und ließen ihn die Scherben mit einem dünnen Lappen aufwischen, bis das Blut aus den Händen strömte. Es waren Versuche, seinen Willen zu brechen. Später gab Nooke zusammen mit Freunden aus dem evangelischen Kirchenkreis eine Schrift heraus, die sie „Aufbruch“ nannten. Sie druckten darin die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ab, ein 40 Jahre altes Papier ohne Neuigkeitswert, doch in der DDR war der Nachdruck eine Provokation.

Das Wichtigste sei damals gewesen, Öffentlichkeit herzustellen, sagt Nooke. Eine Diktatur lebe davon, dass die Leute nicht sagen, was sie denken, vor allem, dass sie es nicht öffentlich sagen.

„Der Honecker war ja nicht blöd.“ Der SED-Chef habe völlig richtig eingeschätzt, dass freie Meinungsäußerung seine geliebte DDR kaputt machen würde. „Sobald du Luft an so 'ne Sache ranlässt, ist es vorbei.“

Eine Diktatur müsse Vakuum bleiben, um zu funktionieren. Wenn einmal ein Loch drin sei, dann kriege man das ohne Gewalt nicht mehr zu. Wenn er heute um die Welt reist, reist er in der Hoffnung, irgendwo ein Loch piksen zu können.

Die Stasi stufte ihn damals als „feindlich-negative Kraft“ ein, er kam auf die Liste mit Kandidaten fürs Internierungslager. Aus Angst übertrug er das Sorgerecht für die drei Kinder Tobia, Martha und Antonia auf die Schwester seiner Frau. Damit sie, wenn er eingesperrt würde, nicht in ein staatliches Heim kämen.

Was ihm geholfen habe, sagt Nooke, sei die Unterstützung von außen gewesen. Zu wissen, dass es Menschen und Staaten gibt, die einen nicht vergessen haben. Das zu spüren, sagt er, habe Kraft gegeben, Rückhalt, Vergewisserung.

Deshalb sei das Symbolische in der Politik so wichtig. Es sei ein sichtbares Zeichen der Unterstützung, nicht nur „Schaufensterpolitik“. Deshalb findet er es richtig, wenn Angela Merkel den Dalai Lama empfängt. Deshalb geht er zu den Uiguren, obwohl die Diplomaten das nicht wollen. Deshalb fährt er nach Manila, obwohl der



Zerstörungen in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny (2000)



Nordkoreanischer Diktator Kim Jong Il mit Militärs in Pjöngjang (2005)

AP (L.); KCNA / DPA (R.)

Justizminister nur auf den Moment wartet, bis Nooke sein Büro verlässt und er endlich sein Butterbrot fertigessen kann.

Nooke steigt den Turm der Mauergedenkstätte hinab zum Ausstellungsraum. Er läuft durch einen Wald von Schautafeln und bleibt vor der Titelseite des „Neuen Deutschland“ vom 31. Juli 1961 stehen. Die Schlagzeile lautet: „Programmwurf der KPdSU verkündet die wahren Menschenrechte“. In der Unterzeile steht: „Alles im Namen des Menschen, alles zum Wohle des Menschen. Die welthistorischen Ziele des Kommunismus.“

„Die wahren Menschenrechte“, murmelt Nooke.

An einem Mittwoch im März trifft sich die Welt am Genfer See zur siebten Sitzung des Uno-Menschenrechtsrats. Im holzgetäfelten Plenarsaal sitzt in der ersten Reihe zwischen Südafrika und Angola Nooke für Deutschland. Er dreht sich um und betrachtet den Rest der Welt. „Wir sind hier inzwischen in der Minderheit“, sagt er. Er meint den Westen, die Freunde der Demokratie, den Teil der Welt, der noch ein menschrechtliches Gewissen habe.

Er zählt vor. Der Rat hat 47 Mitglieder, die von den 192 Mitgliedstaaten der Uno auf Zeit gewählt werden. 13 Mitglieder kommen aus Afrika, sagt Nooke, seine Finger klappen hoch, dazu 13 Asiaten, 8 aus Lateinamerika, 7 aus dem Westen und 6 aus Osteuropa, wobei, das müsse man einschränkend sagen, auch Russland und Aserbaidschan dazugehören, „die könn’ Sie also abhaken. Das heißt: Ohne die Lateinamerikaner kriegen wir nicht mal eine vernünftige Sondersitzung hin. Da brauchen Sie 16“.

Dann beginnen die Reden. Das Tolle an Genf ist, dass hier alle

für die Menschenrechte sind. Das Schlimme ist, dass fast alle etwas anderes darunter verstehen. Nooke hat sich wie der Rest der Weltgemeinschaft eine graue Plastikmuschel übers Ohr gestülpt, er hört die Übersetzung und schüttelt den Kopf.

Der iranische Außenminister hält die „brutale Besetzung“ Palästinas durch das „zionistische Regime“ Israels für die schlimmste Menschenrechtsverletzung auf Erden. Der Außenminister der Philippinen bezeichnet den Klimawandel als Menschenrechtsverletzung, weil einige seiner Inseln demnächst untergehen könnten. Der Außenminister Serbiens sagt, dass die Unabhängigkeit des Kosovo für schlimmste Menschenrechtsverletzungen Sorge. Zum Beweis erzählt er der Welt von Slobodanka, einem serbischen Mädchen aus dem Kosovo, dem das Recht auf Heimat genommen worden sei. Slobodanka, sagt er, sei „die Anne Frank des Balkans“.

Wer sich in Genf lange genug die Muschel ans Ohr hält, der kann zufrieden sein mit der Welt. Alle Länder setzen sich für die Menschenrechte ein. Alles läuft prima. Und dann erzählt der Justizminister von Simbabwe sogar, dass Präsident Robert

Mugabe ein Vorbild für Menschenrechtler in aller Welt sei.

„Furchtbarer Typ“, murmelt Nooke. „Echte Frechheit.“

Er muss sich anhören, wie ein Staat nach dem anderen die ureigenen Interessen zur Frage der Menschenrechte erhebt. Dabei haben Menschenrechte nur dann einen Wert, wenn sie unabhängig von der politischen Führung gelten. Es darf deshalb keine asiatischen, afrikanischen, kommunistischen oder europäischen Menschenrechte geben. Es darf nur Menschenrechte geben.

„Die machen uns lächerlich“, sagt Nooke. „Die verarschen uns hier.“ In Genf wirkt der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung noch machtloser als bei seinen Länderreisen.

Nooke ist jetzt richtig fuchsig, er verlässt das Plenum der Welt. Auf dem Gang vor dem Saal bleibt er an der Fensterfront stehen und schaut hinaus auf den Genfer See. Ein Sturm peitscht über das Wasser und schäumt den See auf, bis er weiß ist.

Eigentlich müsste er nach solchen Sitzungen sein Amt zurückgeben. Wegen Sinnlosigkeit.

Aber Nooke denkt nicht dran. In der DDR hatten sie auch lange versucht, ihn müde zu machen, hatten versucht, ihn für dumm zu verkaufen. Hatten gehofft, dass er hinschmeißt. Aber er hat nicht hingeschmissen, auch wenn es wenig Hoffnung gab, dass das Regime eines Tages verlieren und er gewinnen würde. Die Chancen standen ähnlich schlecht wie jetzt.

„Es hat damals gute Gründe gegeben zu resignieren“, sagt Nooke. „Aber wenn wir resigniert hätten, stünde die Mauer vielleicht noch heute.“



SALVATORE DI NOLFI / KEYSTONE ZÜRICH / DPA

Uno-Menschenrechtsrat in Genf: „Die verarschen uns hier“